

Berlin, 26.11.2015

Senatsverwaltung gefährdet Bildungschancen unserer Kinder

- ⤴ **Werden bei Standortentscheidungen über Asylbewerberunterkünfte überhaupt noch solche Bürgeranliegen berücksichtigt, die über die unmittelbaren Unterbringungsnotwendigkeiten hinausreichen ?**
- ⤴ **Wie untergräbt man den guten Willen und die Bereitschaft von Anwohnern einer Asylbewerber-Notunterkunft zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen ?**
- ⤴ **Haben Versprechungen und Zusagen der Senatsverwaltung überhaupt noch einen Wert ?**

Die Antworten auf diese Fragen enthalten die beiliegenden [Schreiben der Initiative Cité Foch an das Landesamt für Gesundheit und Soziales vom 4.10.2015 und dessen Antwortschreiben vom 12.11.2015](#) (bitte diesen Link anklicken oder die Anlagen öffnen).

Das Schreiben vom 4.10.15 schloss mit dem folgenden Appell:

Die Initiative Cité Foch appelliert deshalb nochmals an die zuständigen Stellen, mit der Montessori-Schule bis zum Ende d.J. einen Mietvertrag ab 1.6.2016 abzuschließen. Dabei könnte auch berücksichtigt werden, dass die Montessori-Schule für eine Übergangszeit eine gemeinsame Nutzung des Collège Voltaire mit der Asylbewerberunterkunft angeboten hat.

Dieser Appell verhallte bisher ungehört !

Anstatt ihre mündlichen und schriftlichen Zusagen einzuhalten und mit der Montessori-Schule einen Mietvertrag ab 1.6.16 abzuschließen, schoben die zuständigen Senatsdienststellen das Problem bisher untereinander hin und her - trotz des allen Beteiligten bekannten Zeitdrucks, unter dem die Montessori-Schule jetzt eine Entscheidung treffen muss.

Sie braucht bis spätestens Anfang Dezember 2015 eine verbindliche Planungsgrundlage für ihre zukünftige Unterbringung.

Erhält sie diese nicht, ist das Projekt für die Cité Foch gestorben und eine einmalige Entwicklungschance wurde vertan – auch im Hinblick auf den im Zuge der Ausbauplanung für die Cité Foch zukünftig weiter steigenden Beschulungsbedarf. Darüber hinaus wäre die bestehende Montessori-Schule mit 130 Kindern und 20 Mitarbeitern schon jetzt in ihrem Bestand gefährdet.

Verantwortlich dafür wäre dann auch ein Senat, dessen tragende Parteien sich im Juni 2016 auf Landes- und auf Bezirksebene zur Wiederwahl stellen wollen !